

Abstimmverhalten der schleswig-holsteinischen Landesregierung

anlässlich der

920. Sitzung des Bundesrates

am 14. März 2014

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2574

Angaben ohne Gewähr – es gelten die Beschlussdrucksachen des Bundesrates [Link](#)

Ergänzend zu den nachfolgenden Angaben wird auf das [Plenarprotokoll](#) verwiesen.

1. Fragen an die Bundesregierung zur Beauftragung der DB AG mit Planungsleistungen im Rahmen der Elektrifizierung der Strecke Dresden - Görlitz durch den Freistaat Sachsen

gemäß § 19 Absatz 2 GO BR
Vorlage des Freistaates Sachsen
Drucksache 85/14

Die Fragen stellte Min. Morlock, Sachsen.
Für die Bundesregierung antwortete PSt Ferlemann.

2. Gesetz zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2014 (Beitragssatzgesetz 2014)

AS
Fz
Wi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 60/14

Die Landesregierung hat das Votum Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht unterstützt.

3. Erstes Gesetz zur Änderung des Schulobstgesetzes

AV

GrüLi

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 61/14

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu.

4. Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (14. SGB V-Änderungsgesetz - 14. SGB V-ÄndG)

G
Wi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 62/14
Drucksache 62/1/14

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.
Darüber hinaus hat sie das Fassen einer EntschlieÙung unterstützt.

- 5.** ... Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und ... Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes *In*
GrüLi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 63/14

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

- 6.** ... Strafrechtsänderungsgesetz - Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung *R
In*

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 64/14

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

- 7.** Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2014 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2014) *Wi*
GrüLi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 65/14

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

- 8.** Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Bereinigung der §§ 211 ff. (... StRÄndG)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 54/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 9.** Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) - Gesetzliche Krankenversicherung -

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hessen, Baden-Württemberg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 69/14¹

Die Landesregierung hat die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfes nicht unterstützt.

¹ Wegen des Grundsatzes der Diskontinuität erneut vorgelegter Gesetzesantrag; unverändert gegenüber dem vom Bundesrat in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingebrachten Gesetzentwurf (Drucksache 190/13 (Beschluss)).

10. Entwurf eines Gesetzes zur Strafbarkeit der Datenhehlerei

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 70/14²

Die Landesregierung hat die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfes nicht unterstützt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer Entschließung unterstützt.

11. Entschließung des Bundesrates "Forderung nach Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen"

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 58/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

12. Entschließung des Bundesrates - Maßnahmen zur Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten

Antrag des Saarlandes
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 71/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

13. Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 25/14
Drucksache 25/1/14

AS
AV
FJ
FS
Fz
In
Wi

Die Landesregierung hat eine Stellungnahme des Bundesrates wie auch das Votum „Keine Einwendungen“ nicht unterstützt.

14. Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates

GrüLi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 19/14

EU
In

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

² Wegen des Grundsatzes der Diskontinuität erneut vorgelegter Gesetzesantrag; unverändert gegenüber dem vom Bundesrat in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingebrachten Gesetzentwurf (Drucksache 284/13 (Beschluss)).

- 15.** Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften *R*
GrüLi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 26/14
- Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.
- 16.** Tätigkeitsbericht 2012 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen für den Bereich Eisenbahnen mit Stellungnahme der Bundesregierung *Vk*
GrüLi
- gemäß § 14b Absatz 4 AEG
Drucksache 23/14
- Die Landesregierung hat von der Vorlage Kenntnis genommen.
- 17.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neue psychoaktive Substanzen *EU*
G
In
GrüLi
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 692/13
zu Drucksache 692/13
Drucksache 692/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
- 18.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens *EU*
R
Wi
GrüLi
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 766/13
zu Drucksache 766/13
Drucksache 766/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
- 19.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt *EU*
In
U
Vk
Wi
Wo
GrüLi
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 807/13
Drucksache 807/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 20.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel *EU
AV
G*
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 816/13
zu Drucksache 816/13
Drucksache 816/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
- 21.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über ein Programm "Saubere Luft für Europa" *EU
AV
G
In
K
U
Vk
Wi*
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 817/13
Drucksache 817/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.
- 22.** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft *EU
AV
U
Wi*
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 818/13
zu Drucksache 818/13
Drucksache 818/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.
- 23.** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG *EU
AV
G
U
Vk
Wi*
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 819/13
zu Drucksache 819/13
Drucksache 819/1/13
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.
- 24.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie *EU
AS
AV
U
Vk
Wi*
- gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 18/14
Drucksache 18/1/14
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 25.** **GrüLi** Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Beteiligung der Europäischen Union an der Aufstockung des Kapitals des Europäischen Investitionsfonds *EU
Fz
Wi*

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 50/14
zu Drucksache 50/14
Drucksache 50/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 26.** **GrüLi** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte *EU
AS
Wi*

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 14/14
zu Drucksache 14/14
Drucksache 14/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 27.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 hinsichtlich der Verringerung der Schadstoffemissionen von Straßenfahrzeugen *EU
U
Vk
Wi*

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 34/14
zu Drucksache 34/14
Drucksache 34/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates teilweise unterstützt.

- 28.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020 - 2030 *EU
AV
In
U*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 22/14
Drucksache 22/1/14

*Vk
Wi*

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 29.** Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG *EU*
U
Wi

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 36/14
zu Drucksache 36/14
Drucksache 36/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates teilweise unterstützt.

- 30.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prävention und die Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten *EU*
AV
Fz
U

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 679/13³
zu Drucksache 679/13
Drucksache 679/2/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 31.** Verordnung zur Änderung der Verordnung über EU-Normen für Obst und Gemüse und zur Änderung der Verordnung über Qualitätsnormen für Bananen *AV*

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 27/14

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

- 32.** Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2014 *Fz*

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 28/14

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

- 33.** Vierte Verordnung zur Änderung der Gefahrgutverordnung See *Vk*
AS
In
U

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 20/14
Drucksache 20/1/14

Die Landesregierung hat der Verordnung nach Maßgaben zugestimmt.

³ Wiederaufnahme der Beratungen in EU und U.

- 34.** GrüLi Verordnung zur Änderung der Anlage 1 Anhang 1 und Anlage 2 Anhang 1 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verdaulicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Elfte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens) Vk
AV

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 21/14

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

- 35.** Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (PStG-VwV-ÄndVwV) In
FJ
FS
R

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG
Drucksache 29/14
Drucksache 29/1/14

Die Landesregierung hat der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift nach Maßgaben überwiegend zugestimmt.

Darüber hinaus hat sie das Fassen zweier Entschlüsse unterstützt.

- 36.** GrüLi a) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Ratsarbeitsgruppe der "Veterinärsachverständigen (Potsdam-Gruppe)" EU
AV

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bundesländer-Vereinbarung
Drucksache 767/13
Drucksache 767/1/13

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

- 36.** GrüLi b) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Ständiger Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit; Sektion: Tiergesundheit und Tierschutz; Bereich "Tiergesundheit") EU
AV

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bundesländer-Vereinbarung
Drucksache 797/13
Drucksache 797/1/13

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

- 36.** GrüLi c) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Experten-Arbeitsgruppe "Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit" im Rahmen des EU-Arbeitsplans "Kultur 2011 bis 2014" EU
K

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bundesländer-Vereinbarung
Drucksache 42/14
Drucksache 42/1/14

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

37. Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"
GrüLi

gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 i.V.m. Absatz 2
EVZ-StiftG
Drucksache 66/14
Drucksache 66/1/14

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

38. Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Eisenbahninfrastrukturbeirat
GrüLi

Vk

gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG
Drucksache 67/14
Drucksache 67/1/14

Die Landesregierung hat die Bekräftigung des Beschlusses des Bundesrates vom 10.03.2006 in BR-Drs. 86/06 (B), Ziffer 2, mit Maßgabe unterstützt und den Benennungsvorschlägen zugestimmt.

39. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

R

GrüLi

Drucksache 53/14

Die Landesregierung hat sich zu dem Verfahren nicht geäußert und ist nicht beigetreten.

40. Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVerinfG 2013)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hessen, Bremen, Rheinland-Pfalz,
Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 92/14⁴

Die Landesregierung hat die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfes unterstützt.

41. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Kammern für internationale Handelssachen (KfiHG)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Hamburg,
Niedersachsen, Beitritt Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 93/14⁵

Die Landesregierung hat die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfes unterstützt.

⁴ Wegen des Grundsatzes der Diskontinuität erneut vorgelegter Gesetzesantrag; unverändert gegenüber dem vom Bundesrat in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingebrachten Gesetzentwurf (Drucksache 684/12 (Beschluss)).

⁵ Wegen des Grundsatzes der Diskontinuität erneut vorgelegter Gesetzesantrag; unverändert gegenüber dem vom Bundesrat in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingebrachten Gesetzentwurf (Drucksache 42/10 (Beschluss)).

- 42.** Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg,
Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 90/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 43.** Entschließung des Bundesrates zur Absicherung der Geburtshilfesituation

Antrag der Länder Schleswig-Holstein, Baden-
Württemberg, Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz,
Beitritt Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-
Vorpommern, Saarland und Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 95/14

Die Landesregierung hat das Fassen der Entschließung unterstützt.

- 44.** a) Entschließung des Bundesrates zur Verschärfung der strafrechtlichen Regelungen zum Kinder- und Jugendschutz

Antrag des Freistaats Thüringen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 89/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 44.** b) Entschließung des Bundesrates - Maßnahmen zur stärkeren Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung

Antrag des Landes Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 91/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 45.** Entschließung des Bundesrates zum Verlust von Kulturgut in der NS-Zeit

Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Beitritt
Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 94/14 (neu)

Die Landesregierung hat das Fassen der Entschließung unterstützt.

- 46.** Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union

GrüLi

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der
Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 800/13 (3)

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

- 47.** Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für den Programmausschuss für die spezifischen Programme zur Umsetzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation "Horizont 2020" (2014-2020)

GrüLi

*EU
K
Wi*

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der
Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 72/14
Drucksache 72/1/14

Die Landesregierung hat den Benennungsvorschlägen zugestimmt.

- 48.** EntschlieÙung des Bundesrates "Schutz der gentechnikfreien Produktion durch Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten sicherstellen"

Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 104/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 49.** EntschlieÙung des Bundesrates "Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft sichern - Handlungsmöglichkeiten der Länder stärken"

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg,
Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 105/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.